

Bescheid

I. Spruch

1. Über Antrag der **N & C Privatradio Betriebs GmbH** (FN 160655h beim Handelsgericht Wien) wird gemäß § 74 Abs. 1 iVm § 84 Abs. 1 Z 1 und Z 3 und Abs. 5 Telekommunikationsgesetz 2003 (TKG 2003), BGBl. I Nr. 70/2003 idF BGBl. I Nr. 102/2011, die mit Bescheid der Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) vom 08.08.2012, KOA 1.412/12-016, erteilte Bewilligung zur Errichtung und zum Betrieb der Funkanlage „**SALZBURG (Gaisberg) 94,0 MHz**“ dahingehend geändert, dass die beantragte Änderung entsprechend dem beiliegenden technischen Anlageblatt (Beilage 1) bewilligt wird.

Das beiliegende geänderte technische Anlageblatt (Beilage 1) bildet einen Bestandteil des Spruchs dieses Bescheides.

2. Bis zum endgültigen Abschluss des Koordinierungsverfahrens gilt die Bewilligung gemäß Spruchpunkt 1. gemäß § 81 Abs. 6 TKG 2003 mit der Auflage, dass sie nur zu Versuchszwecken ausgeübt werden darf und jederzeit widerrufen werden kann.
3. Gemäß § 81 Abs. 6 TKG 2003 wird die Bewilligung nach Spruchpunkt 1. unter der Auflage erteilt, dass der Bewilligungsinhaber für den Fall von auftretenden Störungen, welche durch die Inbetriebnahme der erwähnten Funkanlage verursacht werden, geeignete Maßnahmen zu ergreifen hat, um diese Störungen umgehend zu beseitigen.
4. Mit dem positiven Abschluss des Koordinierungsverfahrens entfallen die Auflagen gemäß den Spruchpunkten 2. und 3. Mit dem negativen Abschluss des Koordinierungsverfahrens erlischt die Bewilligung gemäß Spruchpunkt 1.

II. Begründung

Die N & C Privatradiobetriebs GmbH ist aufgrund des Bescheides der KommAustria vom 08.08.2012, KOA 1.412/12-016, Inhaberin einer Zulassung zur Veranstaltung eines Hörfunkprogramms für das Versorgungsgebiet „Stadt Salzburg 94,0 MHz“ für die Dauer von zehn Jahren. Mit dem zitierten Bescheid wurde auch die Bewilligung zur Errichtung und zum Betrieb einer Funkanlage hinsichtlich der Funkstelle „SALZBURG (Gaisberg) 94,0 MHz“, welche der Zulassungsinhaberin erteilt wurde, rechtskräftig.

Mit Schreiben vom 16.09.2013 beantragte die N & C Privatradiobetriebs GmbH die Bewilligung einer Änderung für die Funkanlage „SALZBURG (Gaisberg) 94,0 MHz“ gemäß den dem Antrag beigelegten technischen Unterlagen bzw. dem technischen Anlageblatt. Begründend führte sie aus, dass sie einen Wechsel des technischen Betreibers plane, wodurch es zu einer geänderten Montagehöhe der Sendeantenne bei ansonsten unveränderten technischen Parametern komme.

Am 23.09.2013 beauftragte die KommAustria die Abteilung Rundfunkfrequenzmanagement der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR-GmbH) mit der technischen Prüfung des eingereichten Antrags. Am 20.11.2013 teilte der technische Amtssachverständige der KommAustria mit, dass das technische Konzept der Antragstellerin als technisch nicht realisierbar anzusehen ist, da die Deutsche Verwaltung zum Schutz des Flugfunks zusätzliche Auflagen bei den Nebenaussendungen des Senders „SALZBURG (Gaisberg) 94,0 MHz“ fordere.

Hierüber wurde die Antragstellerin mit Schreiben der KommAustria vom 21.11.2013 informiert und ihr die Gelegenheit eingeräumt binnen einer Frist von zwei Wochen Stellung zu nehmen.

Mit Schreiben vom 03.12.2013 gab die Antragstellerin eine Stellungnahme zum technischen Gutachten ab und adaptierte ihr technisches Konzept.

Am 04.12.2013 wurde der technische Amtssachverständige erneut mit der technischen Prüfung des Antrags beauftragt. Am selben Tag übermittelte er ein Gutachten, aus dem hervorgeht, dass die von der beantragten Änderung betroffenen Nachbarverwaltungen dieser grundsätzlich zugestimmt haben und nunmehr, durch die von der Antragstellerin ergänzenden Angaben zu dem vom technischen Dienstleister verwendeten Sendegerät und dem zusätzlich implementierten Filter die von der Deutschen Nachbarverwaltung geforderten Auflagen zum Schutz des Flugfunks eingehalten werden. Die Änderung der Funkanlage „SALZBURG (Gaisberg) 94,0 MHz“ somit technisch realisierbar ist.

Die nähere technische Prüfung dieses Antrages hat weiters ergeben, dass sich durch die beantragte Erhöhung des Montagepunktes der Antenne praktisch keine Änderung der Versorgungswirkung ergibt. Unter Zugrundelegung einer dem Versorgungsgebiet „Stadt Salzburg 94,0 MHz“ entsprechenden Mindestempfangsfeldstärke von 66dB μ V/m erhöht sich die technische Reichweite von ca. 175.000 auf ca. 180.000 Einwohner.

Das im Rahmen der internationalen Koordinierung durchzuführende Befragungsverfahren der Nachbarländer konnte zwar positiv abgeschlossen werden. Da das Koordinierungsverfahren jedoch erst mit Veröffentlichung der geänderten technischen Parameter im Genfer Plan formal abgeschlossen ist, kann bis zu dessen Abschluss nur ein Versuchsbetrieb gemäß 15.14 VO Funk bis auf Widerruf bzw. bis zum Abschluss des Koordinierungsverfahrens bewilligt werden.

Im Falle eines positiven Abschlusses des Koordinierungsverfahrens fällt die Einschränkung der Bewilligung auf Versuchszwecke weg. Im Falle eines negativen Abschlusses des Koordinierungsverfahrens erlischt die Bewilligung.

Gemäß § 81 Abs. 6 TKG 2003 kann die Behörde mit Bedingungen und Auflagen Verpflichtungen, deren Einhaltung nach den Umständen des Falles für den Schutz des Lebens oder der Gesundheit von Menschen, zur Vermeidung von Sachschäden, zur Einhaltung internationaler Verpflichtungen, zur Sicherung des ungestörten Betriebes anderer Fernmeldeanlagen oder aus sonstigen technischen oder betrieblichen Belangen geboten erscheint, auferlegen. Von dieser Möglichkeit hat die Behörde hinsichtlich des noch nicht abgeschlossenen Koordinierungsverfahrens Gebrauch gemacht. Nach Abschluss des Koordinierungsverfahrens kann die erteilte Auflage entfallen.

Im Hinblick auf § 58 Abs. 2 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 (AVG) kann eine weitere Begründung entfallen.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

III. Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid steht der/den Partei/en dieses Verfahrens das Rechtsmittel der Berufung an den Bundeskommunikationssenat offen. Die Berufung ist binnen zwei Wochen nach Zustellung dieses Bescheides schriftlich, telegraphisch, fernschriftlich, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise bei der Kommunikationsbehörde Austria einzubringen. Die Berufung hat den Bescheid, gegen den sie sich richtet, zu bezeichnen und einen begründeten Berufungsantrag zu enthalten.

Ab 01.01.2014 ist gemäß Art. 131 Abs. 2 B-VG das Bundesverwaltungsgericht für Beschwerden gegen Entscheidungen der Kommunikationsbehörde Austria zuständig. Wenn Ihnen der Bescheid vor Ablauf des 31.12.2013 zugestellt worden ist und die Berufungsfrist mit Ende des 31.12.2013 noch läuft und Sie bis zu diesem Zeitpunkt noch keine Berufung erhoben haben, so können Sie gemäß § 3 Abs. 1 des Bundesgesetzes betreffend den Übergang zur zweistufigen Verwaltungsgerichtsbarkeit (Verwaltungsgerichtsbarkeits-Übergangsgesetz), BGBI. I Nr. 33/2013, gegen diesen Bescheid vom 01.01. bis zum Ablauf des 29.01.2014 Beschwerde gemäß Art. 130 Abs. 1 Z 1 B-VG in seiner ab 01.01.2014 geltenden Fassung beim Bundesverwaltungsgericht erheben.

Wenn Ihnen der Bescheid vor Ablauf des 31.12.2013 zugestellt worden ist und die Berufungsfrist mit Ende des 31.12.2013 noch läuft und Sie bis zu diesem Zeitpunkt Berufung erhoben haben, so gilt die Berufung als rechtzeitig erhobene Beschwerde gemäß Art. 130 Abs. 1 Z 1 B-VG in seiner ab 01.01.2014 geltenden Fassung.

Ist jedoch in einem Mehrparteienverfahren ein Bescheid, gegen den eine Berufung zulässig ist, bis zum Ablauf des 31.12.2013 zwar gegenüber mindestens einer Partei, aber nicht gegenüber allen Parteien, denen gegenüber er zu erlassen war, erlassen worden, so kann von den Parteien, denen gegenüber dieser Bescheid nach Ablauf des 31.12.2013 erlassen wird, gemäß § 3 Abs. 2 Verwaltungsgerichtsbarkeits-Übergangsgesetz innerhalb von vier Wochen Beschwerde gemäß Art. 130 Abs. 1 Z 1 B-VG in seiner ab 01.01.2014 geltenden Fassung beim Bundesverwaltungsgericht erhoben werden. Gegen einen solchen Bescheid bis zum Ablauf des 31.12.2013 erhobene Berufungen gelten als rechtzeitig erhobene Beschwerden gemäß Art. 130 Abs. 1 Z 1 B-VG in seiner ab 01.01.2014 geltenden Fassung.

Wien, am 10. Dezember 2013

Kommunikationsbehörde Austria

Mag. Michael Ogris
(Vorsitzender)

Zustellverfügung:

1. N & C Privatradiobetriebs GmbH, z.Hd. LANSKY, GANZGER + partner Rechtsanwälte GmbH, Biberstraße 5, 1010 Wien, **per RSb**

zur Kenntnis in Kopie:

2. Oberste Fernmeldebehörde/Frequenzbüro per E-Mail
3. Fernmeldebüro für Oberösterreich und Salzburg per E-Mail
4. Abteilung RFFM im Haus

Beilage 1 zum Bescheid KOA 1.412/13-004

| | | | | | | | |
|----|---|-------------|--|--------------|------------------------|---------------|-------------|
| 1 | Name der Funkstelle | | SALZBURG | | | | |
| 2 | Standort | | Gaisberg | | | | |
| 3 | Lizenzinhaber | | N&C Privatradio Betriebs GmbH | | | | |
| 4 | Senderbetreiber | | ORS | | | | |
| 5 | Sendefrequenz in MHz | | 94,00 | | | | |
| 6 | Programmname | | Energy | | | | |
| 7 | Geographische Koordinaten (Länge und Breite) | | 013E06 44 | | 47N48 19 | WGS84 | |
| 8 | Seehöhe (Höhe über NN) in m | | 1283 | | | | |
| 9 | Höhe des Antennenschwerpunktes in m über Grund | | 55 | | | | |
| 10 | Senderausgangsleistung in dBW | | 20,0 | | | | |
| 11 | Maximale Strahlungsleistung (ERP) in dBW (total) | | 24,2 | | | | |
| 12 | gerichtete Antenne? (D/ND) | | D | | | | |
| 13 | Erhebungswinkel in Grad +/- | | -4,0° | | | | |
| 14 | Vertikale Halbwertsbreite(n) in Grad +/- | | +/-33,0° | | | | |
| 15 | Polarisation | | Mixed | | | | |
| 16 | Strahlungsdiagramm bei Richtantenne (ERP) | | | | | | |
| | Grad | 0 | 10 | 20 | 30 | 40 | 50 |
| | dBW H | -2,5 | -2,5 | 0,0 | -2,5 | -5,0 | -5,0 |
| | dBW V | -5,5 | -5,5 | -3,0 | -5,5 | -8,0 | -8,0 |
| | Grad | 60 | 70 | 80 | 90 | 100 | 110 |
| | dBW H | -5,0 | -5,0 | -5,0 | -5,0 | -5,0 | -5,0 |
| | dBW V | -8,0 | -8,0 | -8,0 | -8,0 | -8,0 | -8,0 |
| | Grad | 120 | 130 | 140 | 150 | 160 | 170 |
| | dBW H | -5,0 | -5,0 | -5,0 | -2,5 | 0,0 | -2,5 |
| | dBW V | -8,0 | -8,0 | -8,0 | -5,5 | -3,0 | -5,5 |
| | Grad | 180 | 190 | 200 | 210 | 220 | 230 |
| | dBW H | -2,5 | 2,5 | 7,5 | 12,5 | 15,5 | 18,0 |
| | dBW V | -5,5 | -0,5 | 4,5 | 9,5 | 12,5 | 15,0 |
| | Grad | 240 | 250 | 260 | 270 | 280 | 290 |
| | dBW H | 19,9 | 21,3 | 22,2 | 22,5 | 22,2 | 21,3 |
| | dBW V | 16,9 | 18,3 | 19,2 | 19,5 | 19,2 | 18,3 |
| | Grad | 300 | 310 | 320 | 330 | 340 | 350 |
| | dBW H | 19,9 | 18,0 | 15,5 | 12,5 | 7,5 | 2,5 |
| | dBW V | 16,9 | 15,0 | 12,5 | 9,5 | 4,5 | -0,5 |
| 17 | Das Sendergerät muss dem Bundesgesetz über Funkanlagen und Telekommunikationssendeinrichtungen (FTEG), PCRI Lnr 124/2001 idAE entsprechen | | | | | | |
| 18 | RDS - PI Code gem. EN 62106 Annex D | | lokal | Land | Bereich | Programm | |
| | | | überregional | A hex | 8 hex | 52 hex | |
| | | | hex | hex | hex | | |
| 19 | Technische Bedingungen für: | | Monoaussendungen: ITU-R BS.450-2 Abschnitt 1 Stereoaussendungen: ITU-R BS.450-2 Abschnitt 2.2 Mono- und Stereoaussendungen: ITU-R BS.412-9 Abschnitt: 2.5 RDS - Zusatzsignale: EN 62106 | | | | |
| 20 | Art der Programmzubringung (bei Balleepfang Muttersender und Frequenz) | | Leitung | | | | |
| 21 | Versuchsbetrieb gem. 15.14 VO-Funk | | <input checked="" type="checkbox"/> ja | O nein | Zutreffendes ankreuzen | | |
| 22 | Bemerkungen | | | | | | |